



Dissertationsprojekt in Politischer Philosophie
Betreut von Prof. Dr. Katrin Meyer und Prof. Dr. Franziska Martinsen

Beat Ospelt (beat.ospelt@unibas.ch)
Assoziierter Doktorand, Liechtenstein-Institut

1. Forschungsfrage: Das Subjekt der Demokratie

Die Dissertation widmet sich der politisch-theoretischen Grundfrage nach dem Subjekt der Demokratie anhand des historischen Beispiels des langwierigen Konflikts um das Frauenwahlrecht in Liechtenstein und der Schweiz.

Im Rückgriff auf das politische Denken Jacques Rancières wird der Frage nachgegangen, was das ‹Volk› oder den Demos – gerade im Streit um dessen Grenzen – als politisches Subjekt eigentlich ausmacht.

2. Das Frauenwahlrecht als Anstoss und Gegenstand zur Reflexion

Die Geschichte des Frauenwahlrechts veranschaulicht, dass das demokratische ‹Volk› **nicht mit sich selbst identisch** ist – im Gegensatz zur jeweils herrschenden Definition eines klar umrissenen Wahlvolkes, welche die Staatsbürgerinnen in Liechtenstein und der Schweiz auf nationaler Ebene bis 1984 respektive 1971 von politischer Mitsprache ausschloss.

Die Grenzen der Zugehörigkeit zum Demos können als dessen konstitutive *Voraussetzung* selbst nicht schon demokratisch gezogen werden. An Abstimmungen von Männern über die politischen Rechte von Frauen, wie in der Schweiz und in Liechtenstein, zeigt sich dieses **Paradox der Demokratie** (vgl. Martinsen 2021) auf paradigmatische Weise.

«In gewissen Momenten erscheint plötzlich eine Instanz, die sich das Volk nennt, ein Machtsubjekt, das nicht mehr dasjenige ist, an das man gewöhnt ist – die Leute, die sich alle fünf Jahre ihr Oberhaupt wählen»

(Rancière 2014: 191)



Abb. 1 Protestversammlung vor dem Bundeshaus («Marsch nach Bern») gegen die Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention mit Vorbehalt zum Frauenstimmrecht, 01.03.1969 (Sozialarchiv, F Fc-0003-48, Foto: Ringier Bilderdienst, Zürich / Urheber Unbekannt).

3. Herausforderung: Der Streit um die Grenzen des Demos

Die Diskrepanzen zwischen Bevölkerung, Staatsvolk und Wahlvolk stellen eine **normative Herausforderung für Demokratien** dar. Denn diese leiten ihre Legitimation aus der fiktiven Einheit von Herrschenden und Beherrschten (Volkssouveränität) ab – was die politische Brisanz der Frage nach dem Subjekt der Demokratie ausmacht:

- Wer gehört alles zum demokratischen ‹Volk› und wer ist aus welchen Gründen (nach wie vor) von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen?

Der Streit um politische Zugehörigkeit stellt zugleich ein **systematisches Problem für Theorien der Demokratie** dar, welche eine Antwort auf die Frage nach dem Subjekt der Demokratie geben müssen. Denn dieses lässt sich – angesichts historischer und gegenwärtiger Kämpfe um das vermeintlich ‹allgemeine› Wahlrecht – nicht einfach auf ein bestehendes Wahlvolk reduzieren.

4. Eine doppelte Analyseperspektive

Im fortwährenden Ringen um Freiheit und Gleichheit *überschreitet* das Subjekt der Demokratie seine institutionellen Einhegungen in historisch-spezifischen Definitionen eines Wahlvolkes.

Darum kann der Streit um die Grenzen des Demos aus einem auf Institutionen fokussierten Verständnis von Politik und Demokratie *nicht* gebührend in den Blick genommen werden.

Erst die analytische Unterscheidung zwischen bestehenden Institutionengefügen und einer diese übersteigenden Dimension der *politischen* Instituierung von Ordnung – wie sie für **radikale Demokratietheorien** kennzeichnend ist (vgl. Martinsen 2019) – erlaubt es, eine theoretisch differenziertere Antwort auf die Frage nach dem Subjekt der Demokratie zu geben.

5. Ziel: Demokratische Subjektivität

Leitziel der Dissertation ist es, die **Konturen des Subjekts der Demokratie** im vielschichtigen und ambivalenten Prozess seiner Formierung und Erscheinung im Streit um das Frauenwahlrecht detailliert nachzuzeichnen und demokratietheoretisch zu reflektieren.

- Was bedeutet die *konflikthafte* Formierung des Demos, wie sie in Kämpfen um politische Teilhabe ausgetragen wird, für den **Begriff des ‹Volkes›** als grundlegendes Subjekt der Demokratie?

Referenzen

- Arni, Caroline. 2020. «Nichts versprochen, alles erkämpft». In *Jeder Frau ihre Stimme. 50 Jahre Frauengeschichte 1971-2021*. Zürich: Hier und Jetzt, 9–20.
- Martinsen, Franziska. 2019. «Politik und Politisches». In *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp, 583–92.
- ———. 2021. «Streit um Zugehörigkeit: Der Begriff des Demos und das Paradox des Politischen». In *Agonale Demokratie und Staat*. Baden-Baden: Nomos, 153–70.
- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- ———. 2014. *Die Methode der Gleichheit: Gespräch mit Laurent Jeanpierre und Dork Zabunyan*. Wien: Passagen.

«Sie seien *unfähig* zur Politik, wurde über die Frauen gesagt. So sind sie zu politischen Subjekten geworden»

(Arni 2020: 20)



Abb. 2 Demonstration anlässlich der Ablehnung des Frauenstimmrechts, Frauen mit Spruchplakaten vor dem Regierungsgebäude in Vaduz, 28.02.1971 (Landesarchiv, CDB_033_034, Foto: Peter Ospelt, Schaan).

6. Vorgehen: Reflexive Analyse von Ereignissen politischer Subjektivierung

Im kritischen Rückgriff auf den theoretischen Rahmen, das begriffliche Vokabular und die Methodik, welche Jacques Rancières Verständnis politischer Subjektivierung bietet (Rancière 2002), werden in einem ersten Schritt ausgewählte historische Ereignisse, wie der «Marsch nach Bern» (1969) oder die «Fahrt nach Strassburg» (1983), als Zeugnisse politischer Subjektivierung gelesen und anhand konkreter Materialien analysiert.

In einem zweiten Schritt wird nach den **Implikationen** der gewonnenen Einsichten für Theorie *und* Praxis der Demokratie gefragt, beispielsweise hinsichtlich der Rolle des Rechts im Subjektivierungsprozess.

7. Relevanz

Die Dissertation leistet nicht nur einen tiefen Beitrag zur Fachdiskussion, sondern ist angesichts der Brisanz der Forschungsfrage auch über die Akademie hinaus relevant.

Die gewonnenen Erkenntnisse sind *instruktiv* für das Verständnis und die Erforschung **gegenwärtiger Kämpfe um politische Teilhabe** und tragen damit zu laufenden Debatten über die Grenzen politischer Mitbestimmung bei, wie etwa die Auseinandersetzung um das Wahlrecht für Ausländer*innen.